

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen
Bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2011
4. und 5. Februar 2011 im Haus am Dom, Frankfurt

Begrüßung

Dr. Wolfgang Gern

Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich heiße Sie alle herzlich willkommen. Und ich beglückwünsche den Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zu dem Thema der Interkulturellen Woche 2011: „Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“.

Warum ist das Thema so aktuell und wichtig? Weil wir nur gemeinsam leben können. Weil wir wollen, dass keine und keiner verlorenght. Weil wir wollen, dass keine und keiner für verloren erklärt wird. Weil das interkulturelle Zusammenleben sehr viel zu tun hat, ja entscheidend zu tun hat mit der sozialen und rechtlichen Situation in unserem Land. Wie geht es den Migrantinnen und Migranten in Deutschland, wie geht es ihnen rechtlich und sozial mit ihren Familien, mit ihrem Einkommen und ihrem Arbeitsplatz, nicht nur kulturell und religiös. Ja, wir dürfen die sozialen und rechtlichen Ungleichheiten nicht ausblenden. Und schon gar nicht lassen wir uns abschieben in eine pseudodemokratische Spielwiese, auf der wir nur die interkulturellen und religiösen Unterschiede betrachten – so wichtig sie auch sind.

So lautet meine erste These: Das Armutrisiko von Migrantinnen und Migranten wächst europaweit überdurchschnittlich schnell. Vor allem in Familien mit Kindern. Ja, es gibt eine Refeudalisierung Europas am oberen Ende, das heißt: der private Reichtum wächst enorm. Und zugleich nimmt die Ungleichheit kontinuierlich

zu. Auch die öffentliche Armut wächst rapide und schwächt die soziale Infrastruktur und das Bildungswesen. In Europa verdienen die oberen 20 Prozent durchschnittlich fünfmal so viel wie die unteren 20 Prozent. Unter den knapp 500 Mio. Einwohnern gibt es etwa 80 Mio. Einkommensarme (also etwa 17 Prozent leben in Armut). Besonders im Rahmen der Ost-West-Migration werden Sozialstandards außer Kraft gesetzt. Die Lohnniveaus und die Arbeitsstandards werden abgesenkt. Der Kündigungsschutz wird gelockert. Der Niedriglohnsektor wird ausgeweitet.

Pflegekräfte aus Osteuropa arbeiten zu Löhnen, die weit unter dem deutschen Lohnniveau liegen. Das sozialgesicherte Arbeitsverhältnis und das verfügbare Einkommen sind immer noch der beste Schutz gegen Armut. Daran zeigt sich: Die soziale Schlechterstellung von Migrantinnen und Migranten passt nicht zum viel beschworenen Gemeinsamen Haus Europa. Wer will, dass Integration so bleibt, wie sie ist, nämlich ohne nachhaltige Armutsbekämpfung, der will nicht wirklich Integration, der betreibt in Wahrheit Exklusion. Wir brauchen im Blick auf Erwerbsarbeit und soziale Sicherung eine neue Inklusionsdebatte.

Meine zweite These lautet: Es gibt über das Armutsrisiko hinaus viele Beispiele, die systematische Benachteiligung und Ausgrenzung bedeuten. Der Familiennachzug wird erschwert. Das fehlende kommunale Wahlrecht bedeutet, dass demokratische Teilhabe verweigert wird. Gerade für diejenigen, die lange bei uns leben und auch für unseren wirtschaftlichen Wohlstand arbeiten. Deren Kinder bei uns zur Schule gehen und auf unseren Spielplätzen zuhause sind.

Auch das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Beispiel für Ausgrenzung: Es verletzt den engen und untrennbaren Zusammenhang von Menschenwürde und sozialem Ausgleich. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen und bedarfsgerechten Existenzminimums gilt auch für sie! Am Ende der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt muss erinnert werden: Das Menschenrecht auf Anerkennung der angeborenen Würde und auf Unversehrtheit, auf Leben in Freiheit und in gerechter Teilhabe gilt auch für Flüchtlinge, die bei uns leben. Wo dieses Menschenrecht verweigert wird, wo damit auch Selbstbestimmung vorenthalten wird, sprechen wir von „struktureller Gewalt“.

Dass Menschen mit 35 Prozent unter dem allgemeinen Existenzminimum leben müssen, ist mit dem Menschenwürdegebot des Grundgesetzes unvereinbar. Im Übrigen wissen wir doch: Ausgrenzung schafft keinen Zusammenhalt, sondern produziert Extremismus. Wer Inklusion und Integration will, muss auch soziale Teilhabe gewährleisten.

Meine dritte These lautet: Es geht nicht nur um die Integration der Anderen in die Gesellschaft. Es geht um die Integration der Gesellschaft als Ganzes. Zur Integration gehört, dass wir vielfaltsfähig werden. Dass wir unsere Verschiedenheit als Reichtum begreifen. Dass wir das Verbindende suchen und nicht das Trennende. Dass wir die Augenhöhe im Dialog wahren – und aufhören mit unseren eigenen Weltbeherrschungsfantasien, die von oben nach unten urteilen. Dass wir bei allem nicht vergessen: Unser Leben und auch unser Land gehören uns nicht. Sie sind nicht unser Besitz. Sie sind Leihgaben auf Zeit. Was uns mit den anderen verbindet, ist die wunderbare Gewissheit, dass wir gemeinsam uns der Gnade Gottes verdanken. Dass unser Leben ein gut zu hütendes Geschenk ist, nicht nur das eigene Leben, auch das der anderen. Weil wir nur gemeinsam leben können und wollen.

Hinter der ambivalenten Integrationsdebatte, die wir derzeit erleben, stehen sicherlich viele Versäumnisse aneinander, auch gesamtgesellschaftlich. Aber vor allem steht hinter dieser Debatte die Angst – die Angst vieler Menschen, in die Kluft zwischen Arm und Reich zu fallen. Wer Angst hat, ausgegrenzt zu werden, zeigt auf andere, die raus sollen. Wer befürchtet, seinen Platz zu verlieren, zieht schnell dem anderen den Stuhl weg. Das ist nicht appetitlich, aber nachvollziehbar. Unverantwortlich ist jedoch, aus solchen Ängsten politisches Kapital schlagen zu wollen. Das ist nicht nur unappetitlich, das ist gefährlich.

Worüber wir also sprechen müssen, ist nicht zuerst die Integration von Migrantinnen und Migranten, sondern die Integration der gesamten Gesellschaft – wer aus welchen Gründen zurückgelassen wird. Und wie möglichst alle mitgenommen werden können. Das eigentlich aktuelle Thema ist also Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und ob

der Sozialstaat nur ein Anhängsel der Marktwirtschaft ist – oder, wie ich meine, eine kulturelle Errungenschaft ist, die uns zusammenhält.

Dass wieder nur sogenannte Lösungen auf Kosten der Schwächsten gefunden werden, dass wir deshalb alle Regeln des Sozialstaats außer Kraft setzen, und dass wir dies noch rassistisch gefährlich garnieren – diese abstoßende Mischung hat mit gesellschaftlichem Zusammenhalt im Sinne des Grundgesetzes nichts zu tun. Ja, dies macht den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zunichte. Und wer damit spielt, spielt mit dem Feuer, weil ja bekanntlich Demokratie und sozialer Ausgleich zusammengehören. Das bedeutet auch, dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist.

Meine vierte These lautet: Wir brauchen eine klare Haltung, wie Bundespräsident Christian Wulff sagte. Dass die Zugehörigkeit zu Deutschland nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben reduziert oder verengt werden kann. Und er zitiert den großen Frankfurter: „Wer sich selbst und andere kennt, wird auch erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen“. Kaum ein Satz ist aktueller als dieser. Und kaum ein anderer Gedanke verbindet Orient und Okzident mehr als der untrennbare Zusammenhalt von Demokratie und sozialem Ausgleich. Wo die Welt zusammenrückt, wo Muslime und Christen gemeinsam dafür eintreten – sehnsüchtig und friedliebend, und die Soldaten als Lobby der Demokraten mittendrin, da werden Schwerter zu Pflugscharen. Nur eine despotische Tyrannei stellt einmal mehr unter Beweis, dass sie von Zusammenhalt nichts verstanden hat.

Ich schließe mit meiner fünften These: Die Kirchen mit ihren sozialen Einrichtungen, mit ihren interkulturellen und ökumenischen Diensten sind den Menschen Hoffnung schuldig. Dass sie Stimme der Stummen bleiben. Dass sie sich und andere in widergelagerte Gesellschaftspolitik einüben – also auch und gerade ein Widerlager sind, wo immer der soziale Frieden und der kulturelle Zusammenhalt bedroht sind.

Es ist gut, aber es reicht nicht: dass Mitarbeitende interkulturelle Kompetenz haben – von der Kindertagesstätte bis zur Pflegestation. Es ist noch besser, wenn auch kirch-

liche Dienste sich interkulturell öffnen und interkulturelle, auch interreligiöse Teams bilden. Das kirchliche Profil darf nicht zum Gegensatz werden zum dialogischen Zusammenleben und zum dialogischen Zusammenarbeiten mit anderen. Es gehört zu unseren offenen und öffentlichen Volkskirchen, dass sie sich öffnen und auch vielfaltsfähig werden in ihren Diensten und Einrichtungen. Was das im Einzelnen bedeutet, da sind wir noch ganz am Anfang. Kirchliche Identität schwindet nicht, sondern wächst im wechselseitig sich korrigierenden, im interkulturellen Dialog und im interreligiösen Miteinanderarbeiten.

Und was am meisten nützt: dass wir zusammenhalten, dass wir alle Exklusivitätsansprüche und Weltbeherrschungsfantasien und Allmachtssehnsüchte bei Seite legen. Zur Identität Jesu gehört ja, Vertrautes loszulassen, auf Macht zu verzichten und sich auf Fremdes einzulassen. Und zu unserem Glauben gehört das Vertrauen, dass Gottes Geist sich Raum schafft auch im Leben der anderen, im Herzen der anderen.

Da wir uns in einer Stadt der Türme, der Bankentürme befinden, wage ich die biblische Analogie zum Turmbau zu Babel: Manchmal nehmen uns die Türme, die an den Wolken kratzen, die Sicht, um zu sehen, wo Gott heruntersteigt. Wer den anderen verstehen will, muss sich auf seiner Augenhöhe befinden – und schauen, dass Gott Mensch wird im Dialog auf Augenhöhe. Das schafft Zusammenhalt, das hat Zukunft.

Ich schließe mit einer Überzeugung meines Lehrers Hans-Werner Gensichen, Religionsgeschichtler im Dienste interkultureller Theologie – und darin auch ein Lehrer von Klaus Bade: „Im Dialog selbst wird Gottes Geist unser verzerrtes und begrenztes Wissen voneinander korrigieren. Im Dialog selbst wird Gottes Geist uns Fremde zueinander führen – um seines Schalom willen“.

Dr. Wolfgang Gern

Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau